

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Lammert, Kiep, Dr. Waigel, Müller (Remscheid),
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Müller (Wadern), Dr. Warnke, Frau Pack,
Ganz (St. Wendel), Günther, Frau Hürland, Link, Löher, Prangenberg, Sauer
(Salzgitter), Stutzer, Gerstein, Metz, Vogel (Ennepetal), Borchert, Kittelmann,
Vogt (Düren), Frau Fischer, Frau Karwatzki, Reddemann, Schwarz, Breuer und
Genossen
und der Fraktion der CDU/CSU**

Strukturkrise der deutschen Stahlindustrie

Die dramatische Krisensituation der deutschen Stahlindustrie, die in den Stahlstädten zehntausende Arbeitsplätze gefährdet, hat ihre Ursache in einer seit Mitte der siebziger Jahre schwelenden Strukturkrise der europäischen Eisen- und Stahlindustrie mit künstlich aufrechterhaltenen Überkapazitäten. Gegen das ausdrückliche Verbot des Montanvertrages werden in europäischen Nachbarländern die Stahlunternehmen seit Jahren aus Steuermitteln massiv subventioniert.

Den deutschen Unternehmen wird damit ein fairer Wettbewerb verweigert und die aussichtslose Konkurrenz gegen die Staatskassen der Nachbarländer zugemutet. Dies ist insbesondere unter Berücksichtigung der jahrelangen Anpassungslasten der deutschen Stahlindustrie und ihrer unbestrittenen technischen Spitzenstellung eine unverträgliche Entwicklung mit verheerenden Folgen für die Investitionskraft der Unternehmen und die Beschäftigungssituation in den betroffenen Regionen, in denen andere Wirtschaftszweige zunehmend auch in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag ist nicht bereit, die Vernichtung vieler moderner und technisch leistungsfähiger Arbeitsplätze allein wegen politischer Versäumnisse und ständiger Rechtsverstöße hinzunehmen.
2. Der Deutsche Bundestag erwartet eine entschiedene Einwirkung der Bundesregierung auf die Europäische Kommission, daß sie entsprechend dem Votum des Europäischen Parlaments die rechtswidrige Subventionierung der Stahlproduktion innerhalb der Gemeinschaft unverzüglich stoppt und bei fortgesetzten Verstößen einzelner Länder gegen die Bestimmungen des

Montanvertrages die darin vorgesehenen Gegenmaßnahmen ergreift.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ein vorzeitiges verbindliches Ende der noch bis 1983 vorgesehenen Anmeldung weiterer Subventionen bei der Europäischen Kommission kurzfristig durchzusetzen. Wegen der Dauer der bereits zugestandenen Gewährung von Subventionen in den Nachbarländern ist eine Entscheidung der Bundesregierung über Maßnahmen zur Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen und damit der Überlebensfähigkeit der deutschen Stahlindustrie überfällig. Anzustreben ist ein kostendeckendes Stahlpreisniveau, das Umstrukturierungen in den Stahlrevieren weitgehend aus eigener Kraft ermöglicht.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf ein Strukturprogramm der Europäischen Gemeinschaft hinzuwirken, das den Abbau der Überkapazitäten, die Wiederherstellung einer international auf Dauer wettbewerbsfähigen europäischen Stahlindustrie und die Sicherung der Beschäftigung in den Stahlrevieren zum Ziel hat. Dazu reichen die kurzfristigen Krisenmaßnahmen allein nicht aus. Die Bundesregierung darf nicht länger die Entscheidung vertagen, ob sie über nationale Finanzbeihilfen, Ausgleichsabgaben und/oder andere Maßnahmen diese Ziele zu erreichen entschlossen ist.
5. Der Deutsche Bundestag teilt die Sorgen der von der unvermeidlichen Strukturanpassung betroffenen Arbeitnehmer. Er ist allerdings der Auffassung, daß die von der EG-Kommission vorgeschlagenen sozialen Maßnahmen, die über den bisher schon im EGKS-Vertrag vorgesehenen Rahmen hinausgehen, nur dann im Ministerrat gebilligt werden können, wenn definitive Fortschritte zur Beendigung des Subventionswettbewerbs und zur Beseitigung der damit verbundenen Diskriminierung der deutschen Stahlindustrie erzielt sind. Den deutschen Arbeitnehmern und Steuerzahlern ist nicht zuzumuten, mit ihren Beiträgen in die Europäische Gemeinschaft zur Fortdauer einer Entwicklung beizutragen, die im Ergebnis ihre eigenen Arbeitsplätze gefährdet.
6. Der Deutsche Bundestag betont, daß die Bewältigung des Strukturwandels in erster Linie Aufgabe der betroffenen Unternehmen ist. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die deutsche Politik endlich wieder verlässliche Rahmenbedingungen für einen diskriminierungsfreien Wettbewerb in der europäischen Stahlindustrie schafft, damit sowohl Unternehmen, Gewerkschaften, betroffene Kommunen als auch Land und Bund für ihre Entscheidungen wieder die notwendigen Orientierungsdaten finden.
7. Der Deutsche Bundestag lehnt eine generelle Herauslösung der Stahlwerke aus den heutigen Konzernverbünden in der Bundesrepublik Deutschland ab. Eine solche Großfusion zu einer „Deutschen Stahl-AG“ nach dem Muster der Ruhrkohle-AG könnte an den eigentlichen Ursachen der gegenwärtigen Stahlkrise nichts ändern. Es muß vielmehr endlich durch poli-

tisches Handeln dem ökonomisch unsinnigen Ergebnis vorgebeugt werden, daß die Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland gezwungen sind, Anlagen stillzulegen, die moderner und leistungsfähiger sind als diejenigen fortexistierender Werke in anderen Ländern.

Bonn, den 25. Juni 1981

Dr. Lammert
Kiep
Dr. Waigel
Müller (Remscheid)
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim
Müller (Wadern)
Dr. Warnke
Frau Pack
Ganz (St. Wendel)
Günther
Frau Hürland
Link
Löher
Prangenberg
Sauer (Salzgitter)
Stutzer
Gerstein
Metz
Vogel (Ennepetal)
Borchert
Kittelmann
Vogt (Düren)
Frau Fischer
Frau Karwatzki
Reddemann
Schwarz
Breuer
Conrad (Riegelsberg)
Schwarz-Schilling
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

